

# neue. praxis

Zeitschrift für  
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

## Schwerpunktthema:

### Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe

Einladung und Eröffnung einer notwendigen Diskussion  
Pädagogische Professionalität und politische Utopie  
Gesamtzuständigkeit als gesellschaftspolitische Verpflichtung  
>Große Lösung< als Prüfstein  
Verpflichtung zur Inklusion  
Reflexion von Vielfalt und Differenz  
Gemeinsam: Erziehung, Lernen und Leben  
Inklusive Förderung in der Ganztagsgrundschule

Gesellschaftliche Wahrnehmung von Opfer-  
interessen ehemaliger Heimkinder

Selbstverständnisse und Motive von Tafelhelfer-  
Innen

BEITRÄGE

*Hans-Uwe Otto*

Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe – Einladung und Eröffnung einer notwendigen  
Diskussion ..... 105

*Michael Winkler*

Inklusion – Nachdenkliches zum Verhältnis pädagogischer Professionalität und politischer  
Utopie ..... 108

*Andreas Oehme/Wolfgang Schröer*

»Inklusion« – die Kinder- und Jugendhilfe ist gefragt ..... 124

*Maria Kurz-Adam*

Mehr als nur mehr desselben: Inklusion in der Kinder und Jugendhilfe..... 134

*Gunda Voigts*

Inklusion als Auftrag: Eine Standortbestimmung von Kinder- und Jugendarbeit auf dem Weg  
zu inklusiven Gestaltungsprinzipien ..... 140

*Clemens Dannenbeck/Carmen Dorrance*

Der Inklusionsdiskurs und die (Offene) Kinder- und Jugendarbeit – vom Diskursanlass zur  
Reflexion von Vielfalt und Differenz..... 150

*Beate Evers*

Gibt es nun nach der gemeinsamen Erziehung das gemeinsame Lernen? Und nach dem  
gemeinsamen Lernen die inklusive Gesellschaft?..... 158

*Christiane Specht-Schäfer*

Auf dem Weg zu einer inklusiven Förderung von Kindern im Grundschulalter – Aspekte aus  
der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe als Partner in einer offenen Ganztagsgrundschule..... 167

*Peter Schruth*

Perspektiven der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Opferinteressen ehemaliger Heimkinder  
– Eine Verortung von Eindrücken..... 176

*Christian Eberlei/Katja Maar*

Engagement, Symbolik und Identität. Zu Selbstverständnissen und Motiven  
von TafelhelferInnen..... 193

● Michael Winkler regt an, viel differenzierter und vor allem viel dialektischer über das nachzudenken, was die Debatte um Inklusion als Problem aufgeworfen hat. Zwar sollte man dankbar dafür sein, dass sie geführt wird – stehen bleiben darf sie jedoch nicht, zumindest nicht bei dem Status der Debatte, der eben erreicht ist. Denn dieser ist doppelt falsch: In ihm ist die Dramatik der Ausgrenzungsprozesse verkannt, dass und wie nämlich ein unmenschlich gewordener moderner Kapitalismus Menschen überflüssig werden lässt. In ihm sind aber zugleich die Möglichkeiten und Grenzen übersehen, die mit Pädagogik einhergehen und professionell wahrgenommen werden müssen.

● Mit Blick auf die in den vergangenen Jahren entstandenen Einzelstudien und empirisch basierten Fachdebatten in der wissenschaftlichen ›Community‹ der Sozialpädagogik, die durchaus auch in unterschiedlichen Feldern, z.B. der Kinder- und Jugendhilfe, zu grundlegenden Reflexionen und Diskussionen geführt haben, plädieren Andreas Oehme und Wolfgang Schröder dafür, ebenfalls zu analysieren, wie aktuell in den Diskussionen, die unter dem Begriff »Inklusion« geführt werden, Wissen und wissenschaftliche Expertise hergestellt werden. Ihre schlichte Beobachtung ist, dass die wissenschaftlichen Diskussionen mit sozialpädagogischem Profil in diesem Feld gegenwärtig kaum als positionsfähig wahrgenommen werden, sie werden exkludiert.

● Vor der Frage, ob das bestehende Recht und die bestehende Praxis die Inklusionsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe ermöglicht oder selbst zur Exklusion beiträgt, ist für Maria Kurz-Adam das Thema Inklusion keine Debatte in spezialisierten Gremien und Diskussionsorten in den Kommunen, Ländern und im Bund im Kontext notwendiger Reformen der Eingliederungshilfe: Sie ist vielmehr eine Herausforderung für die Architektur der Kinder- und Jugendhilfe, eine Herausforderung für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe, sich immer wieder neu zu erfinden.

● In ihren theoretischen Annäherungen veranschaulicht Gunda Voigts, dass Kinder- und Jugendarbeit sich dem »Auftrag Inklusion« zu stellen vermag und einen Beitrag für den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft leisten kann. Gleichzeitig wird aber auch verständlich, dass Kinder- und Jugendarbeit an in ihr selbst zugrunde liegende oder von außen systemhaft vorgegebene Grenzen stößt. Ihrer Verantwortung, »der einzige institutionell gesicherte und staatlich geförderte Ort« zu sein, der autonome, selbstorganisierte Räume für Kinder und Jugendliche bietet, kann sich Kinder- und Jugendarbeit damit trotzdem nicht entziehen.

● Fünf Jahre nach Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK) ist nach Ansicht von Clemens Dannenbeck und Carmen Dorrance zu befürchten, dass der darauf zurückzuführende politische Handlungsdruck verebbt und Umsetzungsbemühungen

zunehmend Good-Practice-Projekten zugewiesen werden. Gegenwärtig im Bereich in der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit tätige Professionelle sollten demgegenüber eine Aufforderung sehen, sich umgehend mit den Konsequenzen des verbürgten Rechts aller Menschen auf uneingeschränkte und selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen auseinanderzusetzen.

● Den Ausführungen von Beate Evers zu einem Teilbereich der Debatte um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention liegt eine an konkrete Erfahrungen gebundene Perspektive zugrunde, nämlich die Kenntnisse aus den Angeboten der Caritas in der Diözese Münster und die persönlichen Erfahrungen aus der Jugendhilfe sowie vielen sozialpolitischen Entwicklungen und Grundsatzfragen. Das heißt, es wird nicht der Anspruch erhoben, eine Übersicht über das gesamte Feld zu geben, sondern es sollen Anregungen gegeben werden, im Sinne umfassender Inklusion das Potenzial und den Erfahrungsschatz von bisherigen »Sondersystemen« ohne Scheuklappen zu nutzen.

● Das gemeinsame Aufwachsen von Kindern mit und ohne Behinderungen ist ein wichtiger und unverzichtbarer Schritt für alle, um die Unterschiedlichkeit zu verstehen und anzuerkennen, mit ihr umzugehen und neue Solidaritäten zu entwickeln. Allerdings müssen, bei allem Willen und grundsätzlich positiv konstruktiver Einstellung zum gemeinsamen Lernen im offenen Ganztags, die Rahmenbedingungen stimmen. Daran muss – so Christiane Specht-Schäfer – gearbeitet werden, hier ist die Politik gefordert. Es bedarf einer intensiven Diskussion, denn war schon das Konzept der Offenen Ganztagsgrundschule eine besondere Herausforderung für Schule und Jugendhilfe, eine inklusive offene Ganztagsgrundschule ist dies noch in einer ganz besonderen Weise.

● Grundlage der Ausführungen von Peter Schruth zu den Perspektiven der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Opferinteressen ehemaliger Heimkinder sind seine Erfahrungen als Begleit- bzw. Ombudsperson der Betroffenen im Aufarbeitungsprozess seit 2009 – zuerst am Runden Tisch Heimerziehung, später in Arbeitsgruppen mit Betroffenen zur Gestaltung der Fondslösung. Ausgangspunkt seiner Antworthilfe ist die Frage, was das Thema dieser Opfergruppe eigentlich wieder öffentlich aktuell gemacht hat und inwieweit es zivilgesellschaftlich entscheidend befördert wurde?

● Der Beitrag von Christian Eberlei und Katja Maar widmet sich der Darstellung zentraler Forschungsergebnisse zum sozialen Engagement im Bereich der Lebensmitteltafeln, die im Rahmen eines vom Land Baden-Württemberg finanzierten Forschungsprojekts entstanden sind. Der Fokus richtet sich dabei auf die Perspektive der TafelhelferInnen, denn insbesondere die Erhebung und Analyse von Handlungsmotiven der überwiegend ehrenamtlichen HelferInnen stellt für das Feld der Tafeln nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar.

## Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe – Einladung und Eröffnung einer notwendigen Diskussion

Diese Diskussion, zu der die np einlädt, ist keinesfalls die erste, die sich mit den Herausforderungen einer Inklusion von Behinderten in die Kinder- und Jugendhilfe befasst. Unstrittiger Ausgangspunkt ist die grundsätzliche Einigkeit darüber, dass behinderte junge Menschen aus moralischen und rechtlichen Gründen einen Anspruch an die Gesellschaft haben, gleiche Chancen auf Erziehung, Bildung und Teilhabe erwarten zu können. Mit der erkenntniskritischen Forderung ›ungleich gleich‹, wie sie insbesondere in der politischen Philosophie nicht zuletzt von Martha Nussbaum entwickelt wurde, wird der sich hieraus ergebende Mehrbedarf für die Betroffenen als solidarischer Anspruch an die Gesellschaft begründet, der durch die Inklusion nicht aufgegeben wird – im Gegenteil!

Es hat bereits vor annähernd 25 Jahren im Rahmen der Einführung des KJHG und der damit verbundenen Diskussion einer grundsätzlichen neuen Dienstleistungsorientierung und einer Stärkung der Rolle der Anspruchsberechtigten ernsthafte Forderungen nach einer Inklusion von Behinderten gegeben, die aber damals nicht zum Erfolg geführt haben. Inzwischen hat sich ein breites Förderungs- und Betreuungsspektrum für behinderte Kinder und Jugendliche entwickelt, das sich in seinen Organisations- und Unterstützungsformen sowie in den damit verbundenen Verantwortlichkeiten verselbständigt und eine eigene Normalität und Normativität begründet, die nicht zuletzt auch vielfach zu einer gesellschaftlichen Separierung, häufig verbunden mit einem Ausschluss von Chancenstrukturen und den sich daraus ergebenden Folgen für die jeweilige biografische Entwicklung geführt hat. Neben verschiedenen Aktivitäten und politischen Initiativen aus diesem Bereich hat nun aber die bereits seit einigen Jahren erfolgte Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention zu einer grundsätzlich neuen und übergreifenden Position geführt, die für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu der Forderung nach einer Inklusion in das System des KJHG geführt hat.

Es zeichnet sich heute weitflächig auch ein abstraktes Wollen in der Kinder- und Jugendhilfe ab, dieser Forderung zu entsprechen, was aber noch keine Aussage darüber zulässt, was, wie und für wen geschehen soll und welche Prinzipien und Leistungsformen in der Zukunft prägend sein müssen, wenn es zu einer breiten Umsetzung der Integration von Behinderten kommen soll. Auch herrscht scheinbar ein breiter Konsens darüber, dass es um eine sogenannte große Lösung gehen muss, also in Zukunft keine weiteren, auszugrenzenden Gruppen in diesem neuen Rahmen geben sollte. Unterhalb dieser kategorialen Übereinstimmung findet sich aber ein breites Feld verschiedener Meinungsströmungen, auch im Hinblick auf Unsicherheiten in der Auslotung praktischer Möglichkeiten.

Allgemein ist die Diskussion bislang weitgehend intellektuell und fachlich zu träge geführt worden, um zu argumentativen Begründungen zu kommen, die politisch konsensuell, sachlich durchsetzbar und in der Form realisierbar erscheinen. Hierzu will diese Diskussion neue Anregungen geben und die Notwendigkeit einer entscheidungsorientierten Aushandlung der unterschiedlichen Ansprüche anregen.

Im Folgenden sollen einige Diskussions Elemente zusammengetragen werden, die sich gegenwärtig aus unterschiedlichen Sichtweisen ergeben:

## **Inklusion als Chance zur substanziellen und fortschrittlichen Erneuerung der Kinder- und Jugendhilfe**

In dieser Position des Meinungsspektrums wird die Auffassung vertreten, dass die Inklusion der Behinderten eine progressive Wirkung für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe entfalten kann, wenn der Inklusionstopus nicht nur als Qualitätsanspruch für alle Klientelgruppen unter dem Aspekt eines subjektorientierten gesellschaftlich wirksamen Leitbegriffs und der sich daraus ergebenden Qualität für eine neue Kinder- und Jugendhilfe bis hin zu einem entsprechenden Bestandteil der gesetzlichen Grundlagen entwickelt wird. Es hat immer wieder vergleichbare Versuche einer theoretischen Begründung zumindest in der Allgemeinen Pädagogik gegeben, wobei der bemerkenswerteste Ansatz von Dorothea Prengel unter dem Label »Pädagogik der Vielfalt« ausformuliert worden ist. Für die Kinder- und Jugendhilfe stellt sich zumindest zum jetzigen Zeitpunkt das Problem eines solchen generellen Ansatzes außerordentlich komplex, aber auch im positiven Sinn herausfordernd dar, da sich unterschiedliche fachliche Zielorientierungen entwickelt haben, die theoretisch vermittelbar sind, aber in der Praxis einer erheblichen Reorientierung bedürfen. Es handelt sich einerseits um die zentrale Forderung nach Teilhabe, die zudem durch den Status und die weitgehende Mittelschicht-Zugehörigkeit eines Großteils der Behinderten und ihrer Familien inzwischen mit entsprechenden Begründungsformen versehen auch im Kontext des Paragraphen 35a KJHG zu Anspruchsformen geführt hat, die bis dahin unbekannt waren und neue Anpassungsformen des Fachpersonals erforderlich machten. Auf der Seite der Kinder- und Jugendhilfe stehen die fachlichen Orientierungsdimensionen Erziehung und Bildung im Mittelpunkt. Die Zusammenführung dieser Leitkategorien und der innovative Schub einer breiten fachlichen Zuständigkeit, verbunden mit einer politischen Positionierung einer eigenständigen Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen, könnte, so die Auffassung dieser Meinungsträger, zu einem innovativen Schub für eine moderne fortschrittliche und politisch wirksamere Kinder- und Jugendhilfe führen.

### **Inklusion – gemeinsam in einer Organisation, aber getrennt in der Sache**

Unter dem Anspruch einer ›großen Lösung‹ könnte man diesen Ansatz auch als eine Art ›potemkinsche Form‹ bezeichnen. Die Tatsache einer gemeinsamen Organisation und vielleicht auch einer entsprechenden administrativen Verknüpfung wirkt dann als Täuschungseffekt im Hinblick auf ein gemeinsames Aktionsfeld. Es bleibt bei dem jeweils eigenen Angebotsspektrum, bei eigenem Entscheidungswissen mit entsprechenden fallspezifischen Bewertungen und Begründungen. Es kann sogar sein, wenn der generelle Anspruch des Miteinanders entsprechend modifiziert wird, dass es genügend Argumente für derartige Lösungen zumindest in einer (längeren) Übergangszeit geben wird, die eine entsprechende Praxis durchaus positiv erscheinen lässt. Aus einem selbstkritischen Diskurs sollte diese Form nach Meinungen ihrer ProtagonistInnen nicht ausgeblendet werden. Entsprechende Beispiele lassen sich z.B. im Schweizer Schulsystem finden, wo mancherorts spezielle Klassen für Behinderte als Bestandteil der Gesamtorganisation der jeweiligen Schule, aber mit eigenem didaktischen Freiraum als eine (vorläufige?) Lösungsform von Inklusion eingerichtet worden sind. Bezogen auf eine Ganztagschule verlagert sich dann der Inklusionsprozess schwerpunktmäßig auf den Pausenhof bzw. auf den für alle gemeinsam zu gestaltenden sozialpädagogischen Nachmittag, was in jedem Fall eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellt.

## Inklusion als Gefahr einer normativen Diffusität

Die bislang federführenden Disziplinen in der Betreuung und Hilfe für Behinderte, die gleichfalls eine zukünftige Problemanalyse mitbestimmen werden, sind bislang wohl eher MedizinerInnen, PsychiaterInnen und diverse Gesundheitsberufe. Gerade in diesen Bereichen gibt es ausgeprägte Bestrebungen für ein in der Sozialen Arbeit weitflächig kritisch gesehenes evidenzbasiertes Handeln und eine auswuchernde Orientierung am Klassifizierungsmodell ICD 10. Die Kinder- und Jugendhilfe hat dagegen einen eigenen fachlichen Handlungsfokus und verfügt über ein disziplinäres Spektrum von Begründungen im Kontext von Erziehung und Bildung. Erfahrungen zeigen, dass es im Zusammentreffen bislang immer eher zu einer Abgrenzung zwischen diesen Disziplinen oder sogar einem sich teilweise extrem darstellenden dominanten ExpertInnenstatus der medizinisch-psychiatrischen Fachlichkeit kommt, in der die Jugendhilfe in der Regel lediglich als ein spezifisches Organisationsprinzip nach- oder für erste Problembereiche vorgeschaltet wird. Erfahrungen im Kinderschutz zeigen diese Richtung an. Es bleibt also zu prüfen, wie weit es kooperative Verhaltensmuster geben kann und unter welchen Bedingungen die Kinder- und Jugendhilfe und die fachliche Arbeit mit Behinderten zu einer produktiven Verzahnung in einem nicht nur erweiterten, sondern prinzipiell neuen gemeinsamen Handlungsfeld führen. Die Gefahr einer paradigmatischen Kontroverse, die wissenschaftlich unterlegt machttheoretisch versucht, neue Einflussphären für den eigenen Bereich zu sichern, ist dabei aber zumindest in einer Übergangszeit nicht von der Hand zu weisen und erfordert daher hohe Aufmerksamkeit. So zumindest eine weit verbreitete Auffassung in der Sozialen Arbeit, die vor einer ›Psychiatisierung‹ der Kinder- und Jugendhilfe warnt.

Werden diese hier nur angedeuteten Diskussionen versäumt oder lediglich oberflächlich geführt bzw. wird die Frage nach der Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen der Kinder- und Jugendhilfe nur attachiert als ein mehr oder weniger pragmatisches Durchsteuern der geforderten Auflagen, so werden sich die Probleme potenzieren zum Nachteil aller Beteiligten, wobei, auch das sei hier kurz erwähnt, die finanzielle Ausstattung der unterschiedlichen Inklusionslösungen immer sehr schnell in den Vordergrund rücken wird.

Die folgenden Beiträge verdeutlichen in pointierter Form aus verschiedenen Blickwinkeln zentrale Argumentationsmuster. Sie belegen beispielhaft, dass es hilfreich und anregend ist, sich nicht mit unterkomplexen Antworten zufrieden zu geben, sondern den Fachdiskurs einer modernen Kinder- und Jugendhilfe in den Mittelpunkt kritischer Reflexionen zu stellen. Dafür sei den AutorInnen mit Nachdruck gedankt.

Die np ist offen für eine weitere Runde in der Abklärung von Meinungen und Gegenmeinungen und lädt daher alle interessierten FachkollegInnen, insbesondere auch aus dem Bereich der Arbeit mit Behinderten, dazu ein. Für Informationen über den Redaktionsschluss sowie Antworten auf etwaige offene Fragen gibt die Redaktion gerne und jederzeit Auskunft.

*np/huo*

Michael Winkler

## Inklusion – Nachdenkliches zum Verhältnis pädagogischer Professionalität und politischer Utopie

Fortschritts-  
träume der  
Pädagogen

Pädagogik und erst recht die Soziale Arbeit versprechen gerne den Fortschritt der Menschheit; meist fehlen jedoch die Hinweise darauf, wie dieser wirklich werden könnte; der Finanzierungsvorbehalt im Kleingedruckten spricht erst die ganze Wahrheit aus. Allzumal im Geschäft der Erziehung zeigt sich ohnehin gegenüber den großen Aspirationen, wie es um die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse geht. Der scharfsinnige Siegfried Bernfeld hat das vielfach betont und sich über die pädagogischen Menschheitsträume lustig gemacht, obwohl er selbst einer sozialistischen Erziehungskritik nicht abgeneigt war, der dann doch Veränderung von Gesellschaft folgen sollte. Aber: Soziale Arbeit und Pädagogik ziehen Überzeugungstäter an, weil sie in säkularen Gesellschaften als Religionsersatz dienen und mit Verheißungsbegriffen operieren; besonders erfolgsversprechend, wenn katholisch argumentiert wird, im strengen Sinne des Ausdrucks, der für »das Ganze« steht. Die Debatte um Inklusion wird gegenwärtig so geführt; wir leben in »Zeiten der Heiligen Inklusion« (Jantzen 2012). Inklusionisten träumen von einer politischen Veränderung, welche die ganze Gesellschaft erfasst. Dann sprechen sie von einer pädagogischen Revolution, von einem vollständigen Richtungswechsel in Erziehung und Unterricht, bei dem alles neu zu denken und zu bestimmen wäre, was mit dem Begriff der Bildung zu fassen sei (für die Jugendhilfe vgl. Bundesjugendkuratorium o.J.). Mit Inklusion geht es mithin um eine umfassende Veränderung – sie greift weit über das hinaus, was fast zurückhaltend als die »Große Lösung« bezeichnet wird, den Versuch mithin, die für junge Menschen maßgebenden Regelungen so zu ordnen, dass sie in sich konsistent sind und Benachteiligungen aufheben, die durch Zuständigkeitserklärungen entstehen. Aus dem Jugendhilferecht ist das bekannt, weil am Fall der seelischen Behinderung (§ 35a SGB VIII) regelmäßig ein Konflikt der Kostenträger für die Eingliederungshilfe entbrennt – mit massiven Folgen für die Betroffenen. Allerdings: Selbst der 14. Kinder- und Jugendbericht spricht die Große Lösung nur zurückhaltend an. Denn man muss kein Fachmann für Sozialrecht und Sozialverwaltung sein, um angesichts der zu regelnden Materie Panikgefühle zu entwickeln.

Große Lösung

Dennoch wirkt die Vorstellung von der Großen Lösung noch bescheiden realistisch. Mit Inklusion ist hingegen ein ganz großes Wort ins Gespräch gebracht worden, das jedoch kaum in seinen Implikationen und praktischen Konsequenzen untersucht ist (vgl. Speck, 2010). Es geht um eine Programmformel, zumal – übrigens mit Bezug auf Migration – die UNESCO-Kommission Inklusion zum unabschließbaren Prozess erhoben hat. Geltung verschafft ihr, weil es gute Erfahrungen damit gibt, dass behinderte Kinder in »integrativen« Kindergärten erzogen werden, dass in manchen Schulen alle profitieren, wenn integrativ gearbeitet wird (vgl. z.B. Rea/McLaughlin/Walter-Thomas, 2002). Mehr als das: Viele behinderte Menschen